

Weingarten begrüßt Einigung bei Gebäudeenergiegesetz

Wichtige Änderungen zum bisherigen Gesetzesentwurf erreicht

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Joe Weingarten begrüßt, dass sich die Koalition über Eckpfeiler beim Gebäudeenergiegesetz geeinigt hat und das Gesetz nun ins Parlament eingebracht wird. „Mit der nun vorgelegten Einigung sind wichtige Änderungen zum bisherigen Gesetzesentwurf erreicht worden, für die auch ich mich in Berlin nachhaltig eingesetzt habe“, erklärt er in einer Pressemitteilung.

Kernelement der Einigung sei eine verpflichtende kommunale Wärmeplanung in Deutschland bis 2028. Solange diese nicht vorliege, werde es keine verpflichtenden Regelungen zum Heizungstausch geben. „Das ist eine gute Entscheidung, denn es ist unstrittig, dass auch der Wärmesektor zur Klimaneutralität beitragen muss, aber wir müssen die Menschen dafür mitnehmen und ihnen mehr Zeit geben. Ich werde mich im parlamentarischen Verfahren dafür einsetzen, dass die jetzt getroffenen Regelungen an die Bedürfnisse im ländlichen Raum angepasst werden, beispielsweise durch die Einrichtung von Nahwärmenetzen in unseren Dörfern“, sagt Weingarten. Sowohl zur Wärmeplanung als auch zu Nahwärmenetzen werde er Gespräche mit Kommunen und Energieversorgern im Naheland führen.

Auch in Bezug auf Einzelgebäudeheizungen hat die SPD nach Weingartens Einschätzung deutlich mehr Bürgernähe im Gesetz erreicht. Statt einseitig auf die Wärmepumpe zu setzen, sollen jetzt technologieoffen alle Heizungssysteme gleichwertig behandelt werden, beispielsweise auch Heizungen, die mit Holz und Pellets betrieben werden. „Beim Umstieg auf klimaneutrale Heizungssysteme mehr Alternativen zuzulassen als nur die Wärmepumpe, war mir ebenfalls sehr wichtig“, erläutert Weingarten die erreichten Verbesserungen. Demnach dürfen auch ab 2024 weiterhin Gasheizungen eingebaut werden, wenn diese auf Wasserstoff umzurüsten sind. Schließlich lobt der Wahlkreisabgeordnete für das Naheland das ausdrückliche Bekenntnis der Koalition, Bürger bei allen anstehenden Neuinvestitionen nicht zu überlasten und eine passgenaue Förderung des Bundes beim Heizungstausch aufzulegen. „Wir wollen wirksamen Klimaschutz, ohne den Menschen finanzielle Lasten aufzuerlegen, die sie nicht stemmen können. Da sind wir jetzt auf einem guten Weg“, so der Bundestagsabgeordnete Weingarten abschließend.